

Deutliche Worte zum Rat der Stadt Wolfenbüttel und Bürgermeister Pink, sowie den selbsternannten „Erinnerer“, Kumlehn. Die Fraktion der AfD im Rat der Stadt positioniert sich mit einem Offenen Brief auch zur Ratssitzung vom 04.03.2020:

Zu Ratsfrau Rühland (CDU)

Kathrin Rühland, CDU-Ratsfrau, wird zitiert: *"Wenn ich dann die Ergüsse der AfD lese, 'Der Bürgermeister hat in hoheitlicher Funktion das Neutralitätsverbot verletzt', dann muss ich sagen, das kann ich kaum ertragen."* Die AfD sei ein „Wolf im Schafspelz“, so Rühland. Und weiter: *"Sehr schlimm finde ich, wenn kurz nach der Veröffentlichung der Ergüsse von Herrn Heid (Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion) unser Bürgermeister Thomas Pink aufs Übelste beleidigt und bedroht wird. Und da müssen wir Demokraten wirklich zu ihm stehen. Es könnte auch uns treffen."*

Hierzu:

Ob Frau Rühland den vollkommen normalen Vorgang einer Strafanzeige und/oder einer Fachaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Bürgermeister Pink ertragen kann, ist der AfD-Fraktion vollkommen egal. Gegen ihre Äußerungen, die einen Zusammenhang zwischen Anzeige/Beschwerde zu Beleidigungen und Bedrohungen gegen den Bürgermeister herstellen, verwahren wir uns aufs Schärfste! Frau Rühland möge sich bitte erinnern, dass *auch sie* es war, die es völlig kommentarlos hingenommen hat, das – lange vor den aktuellen Ereignissen – der Fraktionsvorsitzende der AfD, Herr Heid, nicht nur bedroht, sondern körperlich attackiert und verletzt wurde. Wo war da die Empörung der CDU-Ratsfrau? Kann es sein, dass ihre Aufgeregtheit lediglich aufgebauscht wird, weil sie für einen demokratischen Diskurs inklusive Differenzierungsvermögen, nicht ausreichend befähigt ist?

Frau Rühland verletzt den Artikel 1 des Grundgesetzes, indem sie die Würde einzelner Menschen der AfD-Fraktion herabwürdigt und nicht einmal davor zurückschreckt, der AfD-Fraktion irgendeine Verbindung zu Bedrohungen gegen den Bürgermeister zu unterstellen. Das Verhalten der Ratsfrau Rühland beschädigt die Demokratie – und auch bezüglich des konstruierten Zusammenhangs zwischen AfD und Bedrohungen des Bürgermeisters wird die AfD prüfen, inwieweit Frau Rühland Grenzen geltenden Rechts überschritten hat. Was Frau Rühland denkt, ist – *wie bereits geschrieben* – der AfD-Fraktion egal; was sie jedoch als Ratsfrau in die Öffentlichkeit trägt, ist an Schäbigkeit kaum zu überbieten. Wenn Frau Rühland die AfD „Wolf im Schafspelz“ nennt,

wird sie damit leben müssen, als „Wölfin im Wolfspelz“ jederzeit als das erkannt zu werden, was sie ist und was ein Rotkäppchen leider auch schmerzhaft erkennen musste!

Zu Ratsherrn Röpke (Linke/Piraten):

Herr Röpke wird zitiert: *„Wenn Volksverhetzer einen Bürgermeister wegen Volksverhetzung anzeigen, dann ist das schon lächerlich. Wenn im Zuge dessen aber damit reagiert wird, dass dem Bürgermeister Drohungen auf seinen Anrufbeantworter gesprochen werden, dann ist das nicht mehr lächerlich. Das ist erbärmlich und widerlich.“* Man wolle sich künftig "gegen die widerliche Art" der AfD im Rat der Stadt Wolfenbüttel entgegenstellen.

Der Gruppe der Linken/Piraten angehörend, erinnert die AfD-Fraktion Herrn Röpke daran, dass es in Anwesenheit des Linken-Chefs zur öffentlich hörbaren Aussage kam, man möge doch *„die Reichen erschießen“*. Der Linken-Chef milderte ab, indem er meinte, es reiche wohl, sie (wortähnlich) in den Arbeitsdienst zu schicken. Und Herr Röpke, der offenbar mit einem stalinistisch-kommunistischen Gesellschaftsbild liebäugelt, kritisiert die AfD, eine demokratisch gewählte Partei, die sich niemals irgendeines Verfassungsbruchs schuldig gemacht hat? Verhält es sich bei der gewaltbereiten und von der Linken unterstützten und mitfinanzierten Antifa ebenso?

Zu Herrn Kumlehn:

Stimmt – dieser Mann, der aus Sicht der AfD paranoide Züge aufweist, hat Herrn Heid wegen Volksverhetzung angezeigt. Er ist damit gescheitert, weil nichts von dem, was Herr Heid sagte, eine Verurteilung rechtfertigen würde. Herr Heid hat aus seiner Sicht beschrieben, was er gesehen hat. Ist es in diesem Land soweit, dass nicht mehr gesagt werden darf, was der Realität entspricht, hat Deutschland ein Problem, das sich leider schon abzeichnet. Leute wie Herr Kumlehn tragen ihren lästigen Teil dazu bei. Möge er Herrn Heid nochmals anzeigen, wenn Kumlehns Zeit derlei Unfug zulässt.

Herr Kumlehn hetzt gegen die AfD, benennt das Ratsmitglied Dr. Wolfrum einen „Nazi-Doktor“ und bringt ihn in die Nähe des Nazi-Arztes Mengele. Diese und viele weitere unsägliche Entgleisungen wurden bislang von der AfD-Fraktion als Aktionen eines sehr kranken Mannes eher milde betrachtet. Herr Kumlehn sollte sich auf grundgesetzlichem Niveau bewegen, wenn er zumindest ansatzweise an einem politischen Diskurs teilnehmen will.

Bürgermeister Pink und die etablierten Ratsfraktionen:

Wenn Ratsherr Meyer, der bereits von einer Ratsfrau beleidigend und herablassend angegangen wurde, zu Recht darauf verweist, dass es „...auch Linksradikalismus“ gäbe und dass die AfD-Fraktion natürlich *jeder* Resolution gegen *jede* Form des Extremismus zustimmen werde, brachte dies den Zwischenruf aus den Reihen der Damen und Herren des Rates ein: „Aber nicht hier!“. Die AfD-Fraktion widerspricht diesem Zwischenruf, denn eine dauerhafte Verletzung demokratischer Grundwerte und Grundrechte, auch von Seiten jener Parteien, die ihre Nähe und Verbundenheit mit radikalen Kräften wie der Antifa suchen, muss sehr wohl als Linksradikalismus eingestuft werden, den es zu bekämpfen gilt, wie auch den Rechtsradikalismus. Dass Ratsherr Heid angegriffen wurde, beweist das Gegenteil des Zwischenrufes! Körperliche Attacken gegen irgend sonst eine Ratsfrau, einen Ratsherrn oder Mitarbeiter der Verwaltung, fanden nicht statt. Wo also ist der Linksterrorismus? Und wo wird die Empörung sein, wenn aufgrund permanenter Hass-Tiraden gegen die AfD-Ratsmitglieder ein anderer linksradikaler Täter gegen AfD-Ratsmitglieder zur Waffe greift?

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel verhält sich mit seinen Anti-AfD-Äußerungen arrogant und demokratiefeindlich, wie es auch bezüglich des Umgangs mit Gästen der Ratssitzung bestätigt wurde. Dass (durch den Bürgermeister?) eine Mitarbeiterin der Verwaltung instruiert wird, sich nahe an eine im Gästebereich sitzende Dame zu setzen, um sich „Notizen“, einem „Kassiber“ gleich, zu machen, die dann dem Ratsvorsitzenden und dem Bürgermeister „gesteckt“ wurden, erinnert an die Zeit vor dem Mauerfall, als auf der anderen Seite der Mauer das Bespitzeln und Belauschen als Mittel einer sozialistischen Staatsdiktatur diente.

Die belauschte Frau im Gästebereich sprach so leise, dass dieses Flüstern kaum als „Störung“ des Ratsablaufes oder als „unerlaubtes Kommentieren“ aus dem Gästebereich gewertet werden kann. Dennoch erteilte der Ratsvorsitzende dem weiblichen Gast einen unrechtmäßigen „Ordnungsruf“.

Die AfD-Fraktion verwahrt sich gegen jede Form von Beeinflussung der Gäste einer Ratssitzung. Es ist unerhört, dass nun schon der Bürgermeister meint, mit „disziplinarischen Mitteln“ gegen Gäste vorgehen zu müssen. Und da aus dem Rat, aus den Fraktionen und aus der Verwaltung keinerlei Einspruch gegen dieses Vorgehen erkennbar wurde, muss sich der Rat im Ganzen, ausgenommen die AfD-Fraktion, den Vorwurf der Diskriminierung gefallen lassen. Ob durch den offensichtlichen Missbrauch demokratischer Grundrechte, wie es die AfD-

Fraktion empfindet, auch gegen kommunales Recht verstoßen wurde, wird zu prüfen sein.

Fazit:

Die Fraktion der AfD im Rat der Stadt Wolfenbüttel wird auch künftig konsequent die Einhaltung geltenden Rechts jeder Ebene einfordern. Sie wird es nicht dulden, von einzelnen Ratsmitgliedern und auch nicht vom Bürgermeister „in eine rechtsradikale Ecke“ gestellt oder in Zusammenhang mit irgendwelchen Gewalttaten gebracht zu werden. Die Demokraten in diesem Rat sind aufgefordert, jede Diskriminierung und jede Ausgrenzung zu ächten und rechtlich zu ahnden!

AfD-Fraktion Stadtrat Wolfenbüttel


Klaus-Dieter Heid

Fraktionsvorsitzender